



Eidgenössisches Politisches Departement
Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

Integrationsbureau

Département politique fédéral
Département fédéral de l'économie publique

Bureau de l'intégration

777.741.0 - B/dm
777.741.3

Institutionelle Zukunfts-
probleme der COST

Herr Botschafter,

1 Anlässlich der Sitzung des Ausschusses hoher Beamter (AHB) vom 7.2.77 wurden die institutionellen Zukunftsprobleme der COST im Plenum wie auch anlässlich eines Mittagessens mit Drs. Klose (Kommission), Hochörtler (A), Flubacher (AWF) und Blankart (IB) einer weiteren Analyse unterworfen. Grundlage war die sich gegenwärtig abzeichnende Entwicklung, wonach

- für Aktionen, an denen die Gemeinschaft als solche nicht teilnimmt, die unverbindliche Rechtsform des Memorandums of understanding angewandt würde;
- für Aktionen, an denen die Gemeinschaft als solche und an Stelle ihrer Mitgliedstaaten teilnimmt, nur mehr eine Assoziation der Drittstaaten an das EG-Programm möglich wäre.

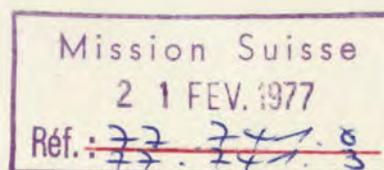
Da der erste Fall nur für relativ unwichtige Aktionen (Konzertierungen) in Frage kommt, da zudem die EG-Mitgliedstaaten nach Massgabe der gemeinschaftsinternen Legiferierung ihre Treaty-making-power an die Gemeinschaft abgeben, ist auf Grund des obgenannten Schemas anzunehmen, dass in absehbarer Zeit praktisch nur noch die Assoziation in Frage kommen würde.

LA	FC	ML	FA	AG	KE	VS	ST						
✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓						

Bern, den 14. Februar 1977

Schweizerische Mission
bei den Europäischen
Gemeinschaften

B r ü s s e l



- 2 Allein, die Assoziation birgt eine gewisse Satellisierungsgefahr, denn:
- es ist innerhalb der COST in casu lediglich eine Assoziation der Schweiz an die EG, nicht aber eine Assoziation der EG an ein schweizerisches Forschungsprogramm möglich,
 - die EG-Programme würden weitgehend unter Ausschluss der Drittstaaten ausgearbeitet, worauf letztere innerhalb der COST nur die Möglichkeit hätten, sie tel quel zu akzeptieren oder abzulehnen (autonomer Nachvollzug),
 - ein Vorschlag eines Drittstaates würde zunächst auf das "gemeinschaftliche Interesse" untersucht. Würde dieses bestätigt, so würde der Vorschlag zu einem Gemeinschaftsprojekt, an welches sich der vorschlagende Drittstaat assoziieren dürfte (!). Würde das gemeinschaftliche Interesse nicht bestätigt, so bliebe nur der Weg des Memorandums of understanding, der aber nicht in Frage kommt, falls es sich um eine substantielle Forschung handelt.
- 3 Angesichts dieser Entwicklung ist ein gewisses Malaise auf Seiten der Drittstaaten nicht zu verkennen, nur haben diese - ähnlich wie beim Fall des grenzüberschreitenden Omnibusverkehrs - offenbar nicht den Mut, gegenüber der Gemeinschaft resolut aufzutreten, ganz abgesehen davon, dass sich manche Fachvertreter des jeweiligen institutionellen Tatbestandes und seiner politischen Problematik, was durchaus verständlich ist, nicht vollends bewusst und im Interesse der Sache teilweise bereit sind, zwei, drei souveränitätsrechtliche Haare zu lassen.
- 4 Die Versuchung hierzu ist um so grösser, als die Gemeinschaft mit den Mitteln von Zuckerbrot und Peitsche hantiert: Dass sie ihre internen Forschungsprojekte Drittstaaten öffnet und in die COST einbringt, ist natürlich erfreulich; dass dies indessen zur Folge hat, dass damit auch die übrigen Zusammenarbeitsmechanismen zu Assoziationen umfunktioniert werden, ist mit dem Bestreben, der Satellisierung zu entgehen, nicht vereinbar.

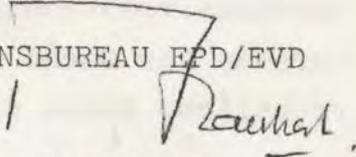
- 3 -

5 Ferner ist darauf hinzuweisen, dass der COST-Präsident die Idee eines COST-Rahmenabkommens mit Einführung eines zentralen Fonds vorgebracht hat, der an einem COST-Gipfel unterzeichnet werden und den Mitgliedstaaten dazu dienen sollte, innerhalb dieses Rahmens Verpflichtungen einzugehen, die nicht der Ratifikation bedürfen. Dieses Prozedere hätte, falls es die innerstaatlichen Genehmigungsverfahren tatsächlich zu umgehen vermag, den Vorteil, dass die Forschungsvorhaben innert nützlicher Frist und in allen beteiligten Staaten gleichzeitig an die Hand genommen werden könnten. Ob heute indessen genügend Enthusiasmus vorhanden ist, um ein derartiges "COST-bis" - Unternehmen durchzuführen, ist fraglich.

6 Der Unterzeichnete hat anlässlich der letzten Sitzung des Ausschusses hoher Beamter mitunter auf Grund der Aktennotiz Walterskirchen vom 7.2.77 eine Intervention abgegeben, die offenbar den Intentionen der andern Drittstaaten entsprochen hat und auch bei gewissen EG-Staaten, z.B. Frankreich, und der Kommission (Dr. Klose) ein positives Echo ausgelöst hat. Am Schluss der Sitzung soll offenbar der Wunsch geäußert worden sein, diesen Text auch schriftlich zu erhalten, da der COST-Präsident dessen Inhalt an das CREST weiterleiten wolle. Sie erhalten das Dokument in der Beilage, dies mit der Bitte, es in der Ihnen gutschneinenden Weise an die interessierte EG-Stelle weiterleiten zu wollen.

Wir danken Ihnen für Ihre Bemühungen und versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

INTEGRATIONSBUREAU EPD/EVD


(Franz Blankart)

Kopie an:

- Herrn Direktor Jolles
- So/Md, vW
- Politische Direktion, EPD
- Direktion für internationale Organisationen, EPD
- Direktion für Völkerrecht, EPD
- Amt für Wissenschaft und Forschung, EDI
- Amt für geistiges Eigentum, EJPD

Beilage erwähnt